



Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Die Amtierende Vorsitzende

Herrn
Jörg Mitzlaff
Am Friedrichshain 34
10407 Berlin

Berlin, 13. August 2025
Bezug: Ihre Eingabe vom
11. Oktober 2023; Pet 1-20-12-980-
023468
Anlagen: 1

Dr. Hülya Düber, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-35257
vorzimmer.peta@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

der Deutsche Bundestag hat Ihre Petition beraten und am
10. Juli 2025 beschlossen:

1. *Die Petition der Bundesregierung - dem Bundesministerium für Verkehr und dem Bundesministerium der Finanzen - als Material zu überweisen, soweit es um die Fortsetzung eines deutschlandweit gültigen Nahverkehrstickets zu einem sozialverträglichen Preis geht,*
2. *das Petitionsverfahren im Übrigen abzuschließen.*

Er folgt damit der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (BT-Drucksache 21/830), dessen Begründung beigefügt ist.

Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages ist das Petitionsverfahren beendet.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hülya Düber



Pet 1-20-12-980

Öffentlicher Personennahverkehr
(ÖPNV)

Beschlussempfehlung

1. Die Petition der Bundesregierung - dem Bundesministerium für Verkehr und dem Bundesministerium der Finanzen - als Material zu überweisen, soweit es um die Fortsetzung eines deutschlandweit gültigen Nahverkehrstickets zu einem sozialverträglichen Preis geht,
2. das Petitionsverfahren im Übrigen abzuschließen.

Begründung

Mit der Petition wird ein dauerhaftes 9-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr gefordert.

Zu dieser Thematik liegen dem Petitionsausschuss eine auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlichten Eingabe mit 4.146 Mitzeichnungen sowie 96 Diskussionsbeiträgen und zahlreiche weitere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Behandlung zugeführt werden. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte eingegangen werden kann.

Zur Begründung des Anliegens wird insbesondere ausgeführt, dass die Einführung eines dauerhaften 9-Euro-Tickets eine praktische Lösung sei, um Umweltschutz, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Rohstoffunabhängigkeit zu fördern. Denn durch ein günstiges Ticket würden mehr Bürgerinnen und Bürger Busse und Bahnen nutzen und somit Energie sparen. Ein günstiges Ticket für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sei insbesondere für Geringverdienende eine wichtige Entlastung.

Ein anderer Petent argumentiert, dass ein vergünstigtes Ticket für den ÖPNV den Tourismus fördere und die Wirtschaft ankurbele, da in den verschiedenen touristischen Regionen mit mehr Besucherinnen und Besuchern zu rechnen sei.



noch Pet 1-20-12-980

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Einleitend stellt der Petitionsausschuss fest, dass die Steigerung der Attraktivität des ÖPNV ein wichtiges Anliegen ist.

Weiter verweist der Petitionsausschuss auf den aktuellen Koalitionsvertrag, der die Fortsetzung des Deutschlandtickets über das Jahr 2025 hinaus fortsetzen möchte. Dabei soll der Anteil der Nutzerfinanzierung ab dem Jahr schrittweise erhöht werden. Der Petitionsausschuss betont, dass die Erhöhung sozialverträglich ausgestaltet werden soll.

Insgesamt sieht der Petitionsausschuss die vorliegende Petition als geeignet an, im weiteren Gesetzgebungsprozess hilfreiche Hinweise geben zu können. Daher empfiehlt er, die Petition der Bundesregierung - dem Bundesministerium für Verkehr und dem Bundesministerium der Finanzen - als Material zu überweisen, soweit es um die Fortsetzung eines deutschlandweit gültigen Nahverkehrstickets zu einem sozialverträglichen Preis geht und das Petitionsverfahren im Übrigen abzuschließen.